



**Landeshauptstadt  
Potsdam**  
Der Oberbürgermeister

**Stadtverwaltung Potsdam**  
Büro der Stadtverordnetenversammlung

Eing.: 20. JULI 2020

Signum:

an:

Einreicher OBR: Groß Glienicke

Aus der

Ortsbeiratssitzung am: 14.07.2020

Datum: 16.07.2020

Geschäftsbereich/FB: 4/404

Bearbeiter: Herr Kümmel Telefon: 1620

### Sachstand / Realisierung

Prüfauftrag  Beschluss - Drucksachen Nr.: 20/SVV/0705

Betreff: **Informationen über die Entwicklung im Entwicklungsgebiet Krampnitz**

In Bearbeitung o. g. Drucksache teile ich Ihnen Folgendes mit:

Mit der Drucksache 18/SVV/0130 hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass die regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklungsmaßnahme Krampnitz im Forum Krampnitz erfolgt, das öffentlich durchgeführt wird. Das Forum findet weiterhin regelmäßig statt. Darüber hinaus wurde beschlossen, dass der Hauptausschuss und die Ortsbeiräte Fahrland und Neu Fahrland einmal jährlich über die Erörterungen im Forum unterrichtet werden.

Mit Einsetzung der neuen Projektstruktur zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz hatte der Oberbürgermeister zugesagt, dass im Sinne dieses Beschlusses regelmäßig Statusberichte zur Entwicklung des neuen Stadtteils vorgelegt werden. Diese Statusberichte werden als Mitteilungsvorlage in den Hauptausschuss eingebracht und stehen damit der interessierten Öffentlichkeit einschließlich aller Ortsbeiräte zur Kenntnis und Erörterung zur Verfügung. Die Statusberichte werden drei Mal im Jahr vorgelegt. Der 1. Statusbericht vom 29.01.2020 (20/SVV/0122) und der 2. Statusbericht vom 24.06.2020 (20/SVV/0620) stehen im Ratsinformationssystem zur Verfügung. Insoweit wird auch der Ortsbeirat Groß Glienicke bereits zusammenfassend regelmäßig informiert.

Darüber hinaus war mit der neuen Projektstruktur zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz eine direktere Einbindung der Stadtverordneten, auch in nicht-öffentliche Vorgänge und Vorgänge der städtischen Unternehmen, zur Entwicklung von Krampnitz vorgesehen. Der Hauptausschuss hat sich in diesem Sinne dafür entschieden, statt eines Ausschusses oder Unterausschusses eine interfraktionelle Arbeitsgruppe aus Stadtverordneten einzusetzen. Mitgliedern von Ortsbeiräten dort einen Sitz zu geben, würde aus kommunalrechtlichen Gründen dem Sinn der Arbeitsgruppe entgegenstehen.

Fortsetzung siehe Rückseite

Beigeordnete/r